

LandInForm

1/2020
AUSZUG

Herausgeber:

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
dvs@ble.de
www.land-inform.de

Gleichstellung zur Aufgabe machen

Kommunale Gleichstellungsbeauftragte setzen sich dafür ein, strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen. Eine aktuelle Studie beleuchtet die Situation im ländlichen Raum.

[VON CLARA FRIEDRICH]

„Was machst du denn eigentlich so den ganzen Tag?“ Diesen Satz hört Karina Gaue (Name geändert) häufig. Sie ist Gleichstellungsbeauftragte einer kleinen Gemeinde in Schleswig-Holstein. Für ihre Arbeit ist sie sowohl innerhalb der Gemeindeverwaltung als auch in der Öffentlichkeit unterwegs. Dennoch wissen viele Menschen nur wenig über ihre Tätigkeit. Gleichstellung, das bestätigen auch ihre Kolleginnen, kommt im ländlichen Raum nur schwer an.

Ihr Auftrag ist die berufliche Gleichstellung der Geschlechter im öffentlichen Dienst und die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit in der Kommune. Die Grundlage dafür ist Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ In der kommunalen Gleichstellungsarbeit der ländlichen Räume bleibt in dieser Hinsicht allerdings nach wie vor viel zu tun. Das ist das Ergebnis einer kürzlich veröffentlichten Studie der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen.

Ländlich ist nicht gleich ländlich

Für die Studie „Gleichstellung als Regionalentwicklung“ hat die BAG insgesamt 103 kommunale Gleichstellungsbeauftragte ländlicher Räume zu ihrer Arbeit befragt. Die Gleichstellungsgesetzgebung liegt in der Kompetenz der Bundesländer. Um mögliche Unterschiede herauszuarbeiten, umfasste die Erhebung deshalb alle Länder außer den Stadtstaaten. Die Definition des ländlichen Raums wurde bewusst breit gewählt, sodass sowohl Klein- und Mittelstädte als auch Dörfer und Landkreise vertreten waren.

Die Ergebnisse machen deutlich: Ländlich ist nicht gleich ländlich. Viele Aspekte spielen eine Rolle für die Gleichstellungsarbeit in der Kommune, beispielsweise die geografische Lage, die verfügbare Infrastruktur oder der regionale Arbeitsmarkt. Wichtige

Strukturen konzentrieren sich vielfach in den größeren Kreisstädten. Dadurch, so eine der Teilnehmerinnen, „fühlt sich der ländliche Raum auch manchmal ein Stück weit abgehängt“. Aber auch das soziale Gefüge, die Ausstattung der Gleichstellungsstelle oder der Stellenwert von Gleichstellungsarbeit haben einen Einfluss auf deren Erfolg.

Stadt oder Land – die Themen sind die gleichen

Kommunale Gleichstellungsarbeit zeichnet sich durch eine große Themenvielfalt aus. Aber: „Die Themen sind die gleichen, egal, ob ich auf dem Land oder in der Stadt bin. Die Ausprägungen sind vielleicht unterschiedlich, wie ich an das Thema herangehen muss und wie die Frauen betroffen sind“, beschrieb eine Teilnehmerin ihre Arbeit.

Das Thema Gewalt gegen Frauen etwa nimmt auch in ländlichen Regionen viel Raum ein. Insbesondere die Verfügbarkeit und Erreichbarkeit von Hilfsstrukturen sind aufgrund fehlender flächendeckender Versorgung, weiter Wege und schlechter Mobilität problematisch. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie steht in ländlichen Räumen vor größeren Herausforderungen als in der Stadt, beispielsweise wegen zusätzlicher Wegstrecken. Dies schränkt insbesondere Mütter dabei ein, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Traditionelle Rollenbilder und weite Wege sind den Teilnehmerinnen zufolge auch Hinderungsgründe, wenn es um die Partizipation von Frauen in der Kommunalpolitik geht. Denn dort gilt, „je ländlicher, umso männlicher“.

Die sozialen und strukturellen Gegebenheiten bedingen damit Schwerpunkte und Möglichkeiten der Arbeit vor Ort. Zum Teil werden sie auch selbst zum Thema der Gleichstellungsbeauftragten. Eine besondere Herausforderung für periphere Regionen ist die Abwanderung junger Frauen. Einige Gleichstellungsstellen beschäftigen sich daher mit Bleibeperspektiven und Existenzsicherung. Zudem setzt die zunehmende Präsenz rechter Gruppen die



Gleichstellungsarbeit in ländlichen Regionen unter Druck: „Die sind in den Dörfern mächtiger als in der Stadt. Und dort haben sie natürlich einen größeren Entfaltungsspielraum. Also da müssen wir darauf aufpassen, gerade im ländlichen Raum“, so eine Teilnehmerin. Denn diese Gruppierungen, so die Erfahrung aller Teilnehmerinnen, stellen die Notwendigkeit der Gleichstellungsarbeit grundsätzlich in Frage.

Gemeinsam stark

Daneben erweisen sich die Rahmenbedingungen der kommunalen Gleichstellungsstellen für viele Gleichstellungsbeauftragte als zusätzliche Erschwernis. In der personellen, finanziellen und materiellen Ausstattung bestehen große Unterschiede zwischen den Kommunen, unabhängig von deren Größe. Viele Gleichstellungsstellen sind nur mangelhaft ausgestattet: Die Mehrheit der Befragten arbeitet in Teilzeit, oft mit nur wenigen Stunden für die Gleichstellung, ein Fünftel sogar im Ehrenamt. Viele verfügen nicht über ein eigenes Budget oder eine Vertretungsregelung. Als zentrale Problematik beschreiben die Gleichstellungsbeauftragten, dass der Stellenumfang und die Ausstattung in den meisten Bundesländern nicht gesetzlich verbindlich geregelt werden.

Der Spielraum wird nicht selten zum Nachteil der Gleichstellungsarbeit genutzt. Eine Teilnehmerin beschreibt die Zusammenarbeit mit der Verwaltung beispielsweise als „eine Good-Will-Sache, die von den persönlichen Einstellungen abhängt“. Der Stand von Gleichstellungsbeauftragten sei dementsprechend „sehr unterschiedlich, je nachdem in welchem Haus sie sind“, so eine andere Befragte. Das von fast allen Teilnehmerinnen beschriebene mangelnde Bewusstsein für die Notwendigkeit von Gleichstellungsarbeit in Verwaltung und Öffentlichkeit ist daher wohl eine der größten Herausforderungen.

Umso wichtiger für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit in der Kommune ist die Zusammenarbeit mit anderen Aktiven und auch, gleichstellungspolitische

Themen sichtbar zu machen: „Unser Pfund ist die Vernetzung“, erzählten viele der Teilnehmerinnen. Denn dadurch ließen sich Expertise und Ressourcen bündeln und strukturelle Mängel ausgleichen. Gemeinsam – so lautet die einhellige Meinung – könne man mehr erreichen. Darüber hinaus wird gerade der persönliche Kontakt zu den Menschen als großer Vorteil des ländlichen Raums empfunden: „Dieses unmittelbare Agieren mit der Zivilgesellschaft und das unmittelbare Umsetzen – das finde ich immer wieder einen ganz großen Vorteil meiner Arbeit.“

Gleichstellung lohnt sich

Trotz aller Hürden steht für die BAG fest: Gleichstellung lohnt sich. Denn die Studie zeigt auch, dass die kommunalen Gleichstellungsstellen einen wichtigen Beitrag für lebenswerte Kommunen leisten. Durch den Einsatz für gute Kinderbetreuungsangebote oder die Organisation von Bildungsangeboten unterstützen sie diese darin, die Daseinsvorsorge für alle Menschen vor Ort sicherzustellen. Sie stellen Beratungsangebote zur Verfügung, schaffen soziale Orte und Netzwerke und tragen so zu Aufbau und Sicherung von Strukturen im ländlichen Raum bei.

Deshalb benennt die BAG Handlungsempfehlungen, die sich an Bund, Länder und Kommunen richten, um Gleichstellungsarbeit zu stärken. Diese zielen insbesondere auf die Förderung von Genderkompetenz und Bewusstsein in der Verwaltung sowie die Verbesserung struktureller Rahmenbedingungen – sowohl in Bezug auf die Gleichstellungsstellen als auch auf den Erhalt ländlicher Infrastruktur – ab. Die BAG fordert: Gleichstellung muss als Querschnittsziel ländlicher Entwicklung aktiv umgesetzt werden, denn nachhaltige Entwicklung ist ohne sie nicht denkbar. ■

SERVICE:

Die vollständige Studie steht unter www.frauenbeauftragte.org/themen/ländliche-räume zum Download zur Verfügung.



KONTAKT:

Clara Friedrich
BAG kommunaler Frauenbüros
und Gleichstellungsstellen
Telefon: 030 24009812
bag@frauenbeauftragte.de
www.bag-frauenbeauftragte.de

Genossenschaften stärken das Gemeinwesen

Am Institut für Genossenschaftswesen der Humboldt-Universität zu Berlin untersucht ein Forschungsprojekt die Gründung von Genossenschaften in neuen Geschäftsfeldern. Bürger nutzen die Rechtsform zunehmend, um Angebote der Daseinsvorsorge zu erhalten oder neu zu organisieren. [VON MARKUS HANISCH UND MARLEEN THÜRLING]

Verstaubt – unmodern – unattraktiv. Noch bis vor wenigen Jahren waren das die Attribute, mit denen Unternehmer und Gründer häufig Genossenschaften verbanden. Dieses Bild hat sich stark gewandelt: Nicht zuletzt durch knapp 1000 neu gegründete Energiegenossenschaften seit 2005 erlebt die genossenschaftliche Idee eine regelrechte Renaissance. Heute gilt eine Genossenschaft nicht nur als innovatives Geschäftsmodell, sondern wird auch als Unternehmensform, die Wirtschaftlichkeit und soziale Verantwortung verbindet, wiederentdeckt.

Nachhaltige Wirtschaftsform

Denn Genossenschaften wirtschaften nachhaltig, im Unterschied zu anderen Unternehmensformen sind Gewinne kein Selbstzweck. Das Ziel einer Genossenschaft ist immer die Förderung ihrer Mitglieder, deshalb verbleiben Wertzuwächse im Unternehmen und werden nicht ausgeschüttet. Jedes Mitglied ist nicht nur Miteigentümer, sondern gleichzeitig auch Nutzer der genossenschaftlichen Leistung und hat somit ein Interesse daran, dass die Leistung langfristig erbracht wird. Und die Genossenschaft ist nicht zuletzt auch ein demokratisch kontrolliertes Unternehmen. Unabhängig davon, wie viele Anteile ein Mitglied besitzt, gilt das Prinzip „Ein Kopf – eine Stimme“. Damit ist das genossenschaftliche Eigentum auch geschützt vor unfreiwilliger Übernahme.

Aufgrund dieser Charakteristika ist die Rechtsform auch zunehmend für bürger-

schaftliche Zusammenschlüsse von Interesse. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Genossenschaften in den Bereichen Nahversorgung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge gegründet, beispielsweise Dorfläden, Kultureinrichtungen wie Theater oder Programmkinos, Kneipen und Stadtteilcafés, aber auch Bürgerbusse, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen für Ältere, genossenschaftliche Kindergärten und sogar Schulen. Häufig mit Beteiligung der Kommune, sind es engagierte Bürger, die diese Angebote in Eigenregie und selbstorganisiert übernehmen.

Ein Modell für die Daseinsvorsorge?

Bürgerschaftliche Selbsthilfe in Form von Genossenschaften wird zunehmend als Alternative zur Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge diskutiert. Dort, wo sich aufgrund knapper öffentlicher Kassen der Staat mehr und mehr zurückzieht und dort, wo sich auch gewinnorientierte Angebote aufgrund sinkender Bevölkerungszahlen nicht mehr rechnen, sind diese neu gegründeten Sozial- oder Bürgergenossenschaften eine Reaktion auf bestehende Versorgungsprobleme. Initiiert von betroffenen Bürgern werden die zivilgesellschaftlich motivierten Unternehmen maßgeblich vom freiwilligen Engagement ihrer Mitglieder getragen.

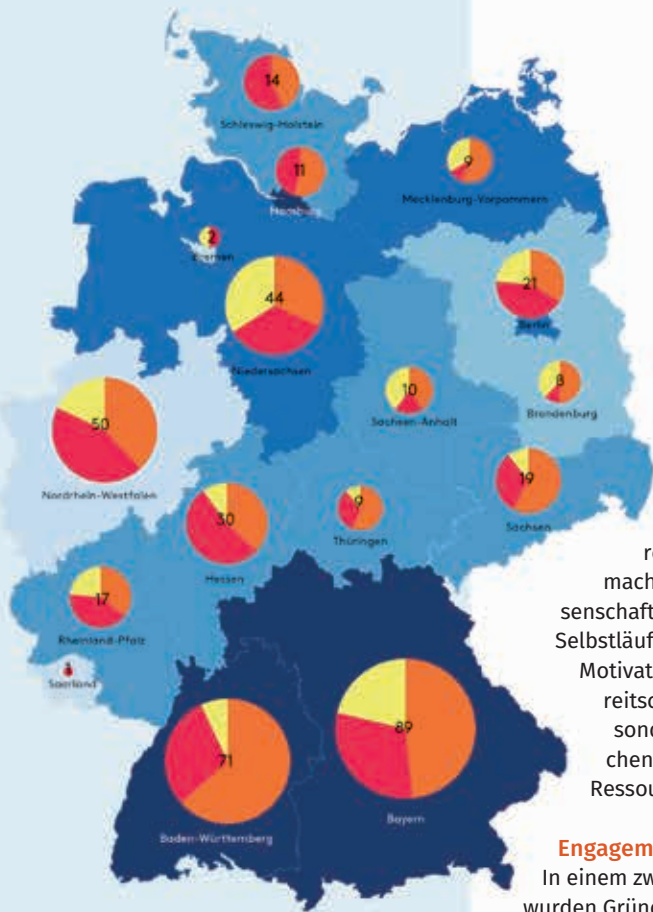
Das Projekt „Neue Genossenschaften an der Schnittstelle von Bürgerschaftlichem Engagement und sozialem Unternehmertum“ am Institut für Genossenschaftswesen (IfG) der

Humboldt-Universität zu Berlin untersucht seit 2015, inwieweit es sich bei solchen Unternehmen um tragfähige Geschäftsmodelle handelt. Dabei werden die vorhandenen Potenziale, aber auch die Grenzen genossenschaftlicher Selbsthilfe im Bereich der Daseinsvorsorge herausgearbeitet und empirisch überprüft.

Regionale Unterschiede

Zunächst wurde in Kooperation mit dem Leibniz-Institut für Länderkunde Leipzig (IfL) erhoben, wie viele dieser Genossenschaften in den vergangenen Jahren gegründet wurden und wo. Die im Projekt entwickelten Kategorien geben einen ersten Überblick über die Vielfalt des Gründungsgeschehens in Deutschland. Neben Schwimmbädern, Programmkinos und Stadtteilgenossenschaften, gründeten sich auch genossenschaftlich bewirtschaftete Streuobstwiesen, Bürgerbahnhöfe und Wohnungsgenossenschaften für Geflüchtete.

Dabei wird deutlich, dass sich die Gründungsdynamik regional stark unterscheidet. Während in Bayern und Baden-Württemberg vergleichsweise viele derartige Genossenschaften entstanden, sind es in den östlichen Bundesländern, mit Ausnahme Berlins, deutlich weniger Gründungen. Gezeigt werden kann, dass diese Genossenschaften häufiger in den Kommunen gegründet wurden, die im Hinblick auf Wohlstand und soziale Lage gut aufgestellt sind. Auch die demografische



**Zwischen 2005 und 2016:
Neu gegründete gemeinwesen-
orientierte Genossenschaften
in Deutschland je 100 000
Einwohner**

- < 0,3
- 0,3–0,4
- 0,4–0,5
- 0,5–0,6
- > 0,6

Genossenschaftskategorien

- Lokale Dienste:
Sport und Freizeit, Kunst und Kultur,
Dorfläden/Lebensmittel, Gasthaus/
Brauerei, Solidarische Landwirtschaft
- Soziales:
Arbeit und Beschäftigung, Inklusion
und Partizipation, Pflege und Betreu-
ung von Senioren, Nachbarschaftliche
Hilfe, Bildung/Schulen, Weltladen
- Raumentwicklung:
Bürgerhaus/Bürgerbahnhof,
Stadt- und Quartiersentwicklung,
Regionalwirtschaft und Tourismus,
Landschaftspflege

Entwicklung und die Situa-
tion auf dem Arbeitsmarkt
beeinflussen das Grün-
dungsgeschehen, aller-
dings weniger stark.

Die Voraussetzungen für
die Gründungen sind also
regional unterschiedlich. Das
macht deutlich, dass diese Genos-
senschaften alles andere als ein
Selbstläufer sind: Es erfordert nicht nur
Motivation und Verantwortungsbe-
reitschaft seitens der Akteure,
sondern es braucht auch ausrei-
chend finanzielle Spielräume,
Ressourcen und Know-how.

Engagement ist kein Selbstläufer

In einem zweiten Untersuchungsschritt
wurden Gründer, Engagierte und Verant-
wortliche in den Kommunen befragt. Der
Fallvergleich zeigt, dass das freiwillige Enga-
gement der Mitglieder von entscheidender
Bedeutung ist. Ohne diesen unentgeltlichen
Einsatz würden sich die Genossenschaften
wirtschaftlich nicht rechnen. Langfristig
kommt es deshalb darauf an, ob es gelingt,
dieses Engagement immer wieder neu zu ge-
nerieren und zu binden.

In den Interviews beschreiben die Engagier-
ten die Genossenschaft als eine Art „Mög-
lichkeitenraum“, den sie selbst gestalten
und mitbestimmen können. Allerdings zeigen
sich in manchen Genossenschaften über die
Zeit auch deutliche Ermüdungserscheinun-
gen: Viele ehrenamtliche Vorstände und
Aufsichtsräte, die mit hohem persönlichen
Einsatz die Geschicke dieser Unternehmen
leiten, blicken mit Sorge in die Zukunft und
fragen sich, ob es gelingen wird, auch die
nachfolgende Generation einzubinden. Nach
den ersten Jahren der Euphorie macht sich
bei vielen Projekten auch die Ernüchterung
breit, denn es ist ein nicht zu unterschätzen-
der Kraftakt, die Freiwilligen immer wieder
von Neuem zu motivieren.

„Lückenbüßer“ oder Lösungsmodell?

Die Untersuchung zeigt, dass durch Genos-
senschaften das Selbstvertrauen wächst,
gemeinsam etwas erreichen zu können. Das
stärkt auch das Gemeinschaftsgefühl vor Ort.
Es sind genau diese Erfahrungen, die die
Engagierten benennen, fragt man sie nach
den Gründen für ihr Engagement.

Dieser „Eigensinn“ steht jedoch im Wider-
spruch zur wirtschaftlichen Notwendigkeit

des Engagements. Zukünftig kommt es des-
halb darauf an, ob die Genossenschaften
auch finanziell in der Lage sind, Anpassun-
gen dort vorzunehmen, wo der anfänglich
große und mit Beharrlichkeit umgesetzte
ehrenamtliche Einsatz unter Umständen
wegbricht. Die Untersuchungsergebnisse
legen nahe, dass die Zusammenarbeit mit
der Kommune dabei eine entscheidende
Rolle spielt. Denn wenn engagierte Bürger
mit der Gründung einer Genossenschaft
Dienstleistungen übernehmen, so sollte
dies keineswegs zum Anlass dafür genom-
men werden, dass sich Kommunen aus der
Verantwortung zurückziehen.

Genossenschaften des Gemeinwesens er-
schließen schon jetzt neue Gestaltungsspiel-
räume auf kommunaler Ebene und erproben
neue Governance-Modelle bei der Erbringung
der Daseinsvorsorge. Dort, wo Bürger die
Initiative ergreifen, ist es deshalb wichtig,
dass Kommunen nicht nur politisch gewillt,
sondern auch finanziell in der Lage sind, das
bürgerschaftliche Engagement zu unterstützen
und den Mehrwert, den dies für das Gemein-
wesen hat, entsprechend wertzuschätzen. ■

SERVICE:

Zum Weiterlesen:
Marleen Thürling (2019): Zur Grün-
dung von gemeinwesenorientierten
Genossenschaften – Eine vergleich-
ende Regionalanalyse, Zeitschrift
für das gesamte Genossenschafts-
wesen, Jg. 69, Heft 2

Stephan Haunstein, Marleen Thürling:
Aktueller Gründungsboom –
Genossenschaften liegen im Trend,
Nationalatlas Aktuell, Nr. 11, Leibniz-
Institut für Länderkunde (IfL)
DGRV/DtSGB (2018): Genossenschaften
und Kommunen: Erfolgreiche
Partnerschaften



KONTAKT:

Marleen Thürling
Prof. Dr. Markus Hanisch
Institut für Genossenschaftswesen (IfG)
Humboldt-Universität zu Berlin
Telefon: 030 2093-6500
marleen.thuerling@hu-berlin.de
hanischm@hu-berlin.de
www.hu-berlin.de
www.hu-berlin.de



1

Nachhaltige Landnutzung gelingt nur gemeinsam

In einem bundesweiten Förderprojekt arbeiten neun Wissenschafts-Praxis-Teams daran, die Ressource Land nachhaltig zu nutzen. Landmanagern kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. [VON JASMINA SCHMIDT UND HELKE WENDT-SCHWARZBURG]

Land als Ressource wird knapper: Laut Statistischem Bundesamt beanspruchten Verkehrs- und Siedlungsstrukturen 2018 etwa 14 Prozent von Deutschland – umgerechnet auf den einzelnen Bundesbürger sind das rund 620 Quadratmeter. Etwa 50 Prozent der Fläche wurden landwirtschaftlich genutzt, auf rund 30 Prozent steht Wald. Der Umbau der Energieversorgung, wachsende Wohn- und Gewerbegebiete und der zunehmende Verkehr erhöhen die Nachfrage nach Flächen. Auch der Klimawandel erfordert Anpassungen in Stadt und Land. Nutzungskonflikte sind vorprogrammiert – nachhaltige Lösungen nur gemeinsam zu finden.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert deshalb neun bundesweit verteilte Wissenschafts-Praxis-Teams, die sich zu sogenannten Innovationsgruppen zusammengetan haben. Von 2015 bis 2020 arbeiteten sie an zukunftsweisenden und praktikablen Ansätzen.

Von Agrophotovoltaik bis Stadt-Land-Kooperationen

Die Spannweite der von den Innovationsgruppen behandelten Themen umfasste Fragen zur Gestaltung einer regionalen Energiewende, zur integrierten Flächennutzung, beispielsweise mit Landwirtschaft unter Photovoltaik-Anlagen im

Projekt „APV-Resola“ (siehe dazu auch LandInForm 2.18) und auch Ansätze des Kulturlandschaftsmanagements und der Landschaftspflege. So untersuchten die Forscher in der Innovationsgruppe „Aufwerten“ in Südbrandenburg, wie eine intensive landwirtschaftliche Nutzung durch Agروفorstsysteme, also den gemeinsamen Anbau von Agrarholz und Ackerkulturen auf einer Ackerfläche, nachhaltiger gestaltet werden kann: Die neuen Agrarstrukturen vermindern die Bodenerosion, schaffen kleinräumige Habitate und können als Bioenergieträger auch ein Beitrag für regionale Versorgungsnetze



- 1 Eine Agrophotovoltaikanlage – prägt die Landschaft.
- 2 Regiobranding:
Die Skulptur „Fisch im Kopf“ von Rainer Wiedemann soll am Elbe-Lübeck-Kanal in Kronsforde Identität stiften.

sein. Die Innovationsgruppe „Regiobranding“ erforschte Möglichkeiten, wie Regionen die Qualitäten ihrer speziellen Kulturlandschaft herausstellen und Alleinstellungsmerkmale im Wettbewerb von Produkten, Marken und Orten entwickeln können. Dafür wurde die Metropolregion Hamburg als Untersuchungsgebiet auserkoren: Ziel war, das Engagement von Bürgern und Entscheidungsträgern zu steigern, sich dafür einzusetzen, die Landschaftsqualitäten zu erhalten und das Außenbild der Region attraktiver zu gestalten.

Die Innovationsgruppen wurden von einem wissenschaftlichen Begleitvorhaben unterstützt. Im Fokus stand die Vernetzung der Innovationsgruppen. Die Forscher vom inter 3 Institut für Ressourcenmanagement und dem Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) unterstützten die Akteure aus Forschung und Praxis in den Einzelprojekten zudem dabei, ihre Strategien zu entwickeln und boten Coaching zum Innovationsmanagement an. Eine weitere Aufgabe der Begleitforschung war, Empfehlungen abzuleiten. Was sind also übertragbare Ansätze für ein nachhaltiges Landmanagement?

Lücke füllen!

Eine Schlüsselrolle bei Landnutzungsproblemen und ihren Lösungen könnten Landmanager spielen. In ihrem breiten Aufgabenspektrum spiegelt sich der Facettenreichtum des Handlungsfelds wider. Um ihre Aufgaben wirksam wahrnehmen zu können, sollten sie im besten Sinne des Wortes zwischen mehreren Institutionen angesiedelt sein, über stabstellenartige Kompetenzen, hoheitliche Befugnisse und eine ordentliche Ressourcenausstattung verfügen. Doch: Das ist utopisch. Man kann davon ausgehen, dass es den einen Landmanager in naher Zukunft nicht geben wird

– das Aufgabenprofil ist zu heterogen und veränderlich, die Schnittmengen mit bestehenden Institutionen zu groß und die entsprechenden Kompetenzen häufig schon verteilt, beispielsweise in Klimaschutzagenturen, Regionalentwicklungs- und Regionalplanungsstellen oder bei Bauern- und Forstwirtschaftsverbänden. Gleichzeitig sind Zuständigkeiten bei Konflikten zur Landnutzung oft ungeklärt. Es gilt also, diese Lücken zu füllen, wenn Landmanagement nachhaltiger werden soll. Dazu könnten Landmanager auf kommunaler oder regionaler Ebene angesiedelt werden, beispielsweise analog zum Klimaschutzmanagement oder als Bestandteil der Regionalentwicklung oder Regionalplanung.

Im Buch „Nachhaltige Landnutzung managen“ stellen die Innovationsgruppen ihr Erfahrungswissen für künftige Landmanager zur Verfügung. Anhand von sechs übergreifenden Arbeitsfeldern und veranschaulicht durch Zitate und Beispiele aus der Praxis zeigen sie auf, wie sich nachhaltige Landnutzungskonzepte erfolgreich suchen, entwickeln und etablieren lassen.

Bilder und Erzählungen nutzen

Alternative und visionäre Landnutzungskonzepte erzeugen bei jedem Menschen andere Bilder und Assoziationen. Es ist schwer, sich darüber zu verständigen. Um Landnutzungskonflikte zu lösen, braucht es aber ein gemeinsames Bild, eine gemeinsame Erzählung in den Köpfen. In Schleswig-Holstein soll beispielsweise das moderne Märchen „Eine teuflisch gute Reise“ die Kulturlandschaftsstrategie des Projekts „Regiobranding“ beschreiben. „Wir haben in Lübeck sehr intensiv einen Storytelling-Prozess betrieben, um die Charakteristika dieser Landschaft in eine Geschichte zu verpacken: Wir haben versucht, selbst Geschichten zu schreiben,

und wir haben Geschichten durch professionelle Unterstützer schreiben lassen. Letztendlich war es so, dass kein Partner alleine eine solche Story entwickeln konnte, sondern erst die enge Zusammenarbeit von professionellen Storymakern und Akteuren vor Ort hat das ermöglicht“, erzählt Dr. Ursula Kühn, Landschaftsplanerin und Ansprechpartnerin im Projekt.

Miteinander reden

Konflikte bei der Landnutzung entwickeln sich typischerweise zwischen verschiedenen Nutzergruppen, die erfahrungsgemäß eher über- als miteinander reden: Klassische Konfliktlinien verlaufen beispielsweise zwischen Tourismus und Energiewende, zwischen Landwirtschaft und Naturschutz oder zwischen Siedlungsdruck und Erholungsraum. Man kenne ja die Positionen und Argumente der anderen bereits, ist eine vielgehörte Aussage. Daher ist es eine der wichtigsten Aufgaben eines Landmanagers, das miteinander Reden möglichst aller Betroffenen zu fördern, um Verständigungsräume zu eröffnen. Um eine konstruktive Auseinandersetzung ins Rollen zu bringen, sollten dabei neben den üblichen Verdächtigen, wie Landbesitzern, Interessenvertretern, kommunalen Vertretern oder Ansprechpartnern aus Fachinstituten, auch die üblicherweise Unbeteiligten zum miteinander Reden motiviert werden: Um beispielsweise Jugendliche zu gewinnen, sollte man sie gezielt ansprechen. „Wenn es konkret wird, kommen die Leute auch“, sagt Sarah Schreiber vom Landkreis Göttingen. Sie hat mit 15 Menschen aus verschiedenen kleinen Orten, die eine konkrete Idee umsetzen wollten, einen Workshop gemacht. „Sie freuten sich, einer Runde beizuwohnen, in der nicht nur theoretische Probleme erörtert wurden.“ Aber zugleich heißt es, realistisch zu bleiben und mit denen zu arbeiten, die für das miteinander Reden

Zeit aufbringen – und das sind häufig Mehrfachengagierte. „Wo soll man auch die Zeit dafür hernehmen, bei all den Einladungen“, merkt Beate von Malottky vom Landkreis Steinburg dazu als Praktikerin an.



Verborgene Schätze einer „spinnigen Idee“: Trüffel gedeihen im Waldboden an den Wurzeln von Bäumen.

Gemeinsame Entscheidungsgrundlagen schaffen

Ob Wissenslandkarte, Werte-Check oder Einzugsgebietskarte: Nachhaltige Landmanagementlösungen sind vor allem dann tragfähig, wenn sie nicht nur von oben herab entschieden werden, sondern wenn sie unter Anhörung der Beteiligten faktenbasiert, transparent und nachvollziehbar getroffen werden. Stefan Drexlermeier von der Bürgerstiftung Energiewende Oberland hat diese Erfahrung gemacht: „Wenn die Daten da sind, dann ist das gut, dann kann man sich darauf verständigen. Wenn sie aber nicht da sind, sagt immer einer ‚Wir wissen ja gar nicht, wo wir stehen‘. Und dann ist die ganze Runde null und nichtig.“ Entscheidungsgrundlagen, die unterschiedliche Interessen und Kriterien aufgreifen und in Beziehung setzen, können Debatten versachlichen und Konflikte greifbar machen. Das ist aufwendig, bei Themen der Energiewende oder der Daseinsvorsorge sogar sehr aufwendig: Datengenerierung, -aufbereitung, Ergebnisdarstellung. Ein Landmanager muss sich genau überlegen, welche Fragestellungen beantwortet, welche konkrete Entscheidung für wen vorbereitet werden soll. Ebenso sollte implizites regionales Wissen in die Entscheidungsfindung einfließen, wozu auch gehört, dass Ergebnisse mit Praktikern sinnvoll rückgekoppelt werden, bevor man an die Öffentlichkeit geht.

Politik und Verwaltung konstruktiv stören

Neue Landmanagementlösungen passen nicht immer in etablierte Verwaltungspraktiken und Rechtsordnungen: So gelten beispielsweise Flächen, auf denen Agrophotovoltaikanlagen stehen als versiegelt. Das hat zur Konsequenz, dass Landwirte für diese Flächen keine Subventionen mehr erhalten können. Agroforstsysteme wiederum werden in einigen Bundesländern formal als Kurzumtriebsplantagen (KUP) behandelt und ihre deutlich besseren Ökosystemdienstleistungen ignoriert.

Landmanager stehen oft zwischen verfestigten Rahmenbedingungen, trägen Institutionen und eingeübten Praktiken – und in der Regel auch nicht oben auf der politischen Agenda. Potenziell Verantwortliche fühlen sich entweder nicht zuständig oder übergangen. Konstruktiv stören heißt also vor allem, den Beteiligten einen Raum jenseits ihres Alltagsgeschäfts zu bieten, um ein Thema neu betrachten zu können. Eine mögliche Störstrategie ist, das eigene Anliegen in die politische Agenda einzubetten und beispielsweise die Novellierung des Landeswassergesetzes dazu zu nutzen, das Thema Agroforst zu platzieren. So etwas kann allerdings auch zu Blockadehaltungen führen – dann ist Gelassenheit gefragt. „Um den Projekterfolg nicht zu gefährden, gegebenenfalls auch mal von ‚verbrannten‘ Themen die Finger lassen und warten, bis sie wieder abgekühlt sind – auch wenn sie aus fachlicher Sicht drängend sind“, rät Dr. Tobias Preisung von der Region Hannover.

Mit Pionieren arbeiten

Pioniere gibt es in allen Bereichen: Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung. Sie bahnen neue Wege und probieren auch neue Lösungen für ein nachhaltiges Landmanagement mutig aus. Damit sind sie ihrer Zeit voraus. Aus dem Projekt Regiobranding ist beispielsweise der Anbau von Trüffeln in Gehölzen in Nordwestmecklenburg hervorgegangen: Er kann sich zu einer zusätzlichen Einkommensquelle bei gleichzeitigem Schutz der trockenen Wälder durch Nutzung entwickeln. „Die Trüffelidee ist ein bisschen spinnig. Glücklicherweise konnten wir einen Bau-

unternehmer und auch einen Ökolanbauern dafür begeistern“, sagt Uta Neubourg von der Stadt Lübeck. Ebenso wichtig sei gewesen, den Kontakt zu Leuten mit Trüffelerfahrung herzustellen, um die Pioniere zu unterstützen. „So hat sich die Spinnerei glücklicherweise konkretisiert und jemand wird den Trüffelanbau auf größerer Fläche praktisch umsetzen.“

Unternehmen gewinnen

Unternehmen können starke Treiber bei der Anwendung und Verbreitung neuer Landmanagementlösungen sein – aber nur falls die Lösung wirtschaftlich ist, sich im Wettbewerb rechnet und in die Unternehmensstrategie einfügt. Bei neuen Landmanagementlösungen ist häufig keine dieser Bedingungen erfüllt. Dann ist es schwer, Unternehmen zu gewinnen. „Ich brauche einen konkreten Nutzen, der für mich als Unternehmen auch wirklich realisierbar ist“, sagt Stefan Gustav von der Handwerkskammer Koblenz. Neue Landnutzungskonzepte eröffnen zumeist erst einmal einen potenziellen Nutzen. Dennoch sollten Landmanager sich dafür einsetzen, Unternehmen für die nachhaltige Landnutzung zu sensibilisieren, denn sie sind diejenigen, die innovative Lösungsansätze realisieren. So kann ein Landmanager sie beispielsweise unterstützen, indem er die Marktreife einer Lösung beurteilt und die nächsten Schritte in Richtung Anwendung aufzeigt. ■

Foto: Uta Neubourg

SERVICE:

Mehr Informationen zum Projekt gibt es unter: <https://innovationsgruppen-landmanagement.de>

Die Veröffentlichung „Nachhaltige Landnutzung managen“, die die Erfahrungen der Innovationsgruppen zusammenfasst, ist als kostenloser OpenAccess-Download unter www.wbv.de/artikel/6004699 zu finden.



KONTAKT:

Helke Wendt-Schwarzburg
inter 3 GmbH – Institut für
Ressourcenmanagement
Telefon: 030 34347446
wendt-schwarzburg@inter3.de
www.inter3.de

Austausch beim
Silicon Vilstal Festival



Heimat für Neues

Eine Initiative aus Niederbayern vernetzt Unternehmer, Gründer und Kreative – und digitalisiert so den ländlichen Raum. [VON CARINA FORSTHOFER]

Das Vilstal liegt zwischen München und Landshut. Auf den ersten Blick ist es hier ländlich und ruhig. Doch wer genauer hinschaut, findet Gründergeist und Engagement – etwa bei der Initiative Silicon Vilstal. Die gemeinnützige Gesellschaft besteht aus einem zehnköpfigen Team und einem Kreis von Helfern, die überwiegend ehrenamtlich arbeiten. Ihr Ziel: gesellschaftliche Innovation fördern und digitale Chancen auf dem Land sichtbar machen. „Uns geht es bei der Digitalisierung nicht um die Technik, sondern um den Nutzen für die Menschen“, sagt Helmut Ramsauer, Gründer der Initiative. Dazu bringt das Team Gründer, Unternehmer, Künstler und Kreative zusammen.

Die Region voranbringen

Ihren Anfang nahm die Initiative im Jahr 2016. Damals veranstaltete Ramsauer ein kleines kreatives Mitmachfestival. Dieses „Silicon Vilstal Festival“ gibt es noch immer. In Workshops mit Gründern, Wissenschaftlern und Kreativen entstehen Projekte, etwa die Einführung von Online-Ticketing bei mehreren Kulturevents der Region oder die Anschaffung von E-Fahrzeugen in Kommunen. 2019 nahmen rund 2 500 Menschen teil, zwei Drittel von ihnen aus der Region. „Besonders ist, dass Fachpublikum und Spontanbesucher – Junge und Alte, Städter und Landmenschen – auf Augenhöhe miteinander ins Gespräch kommen“, sagt Ramsauer.

Im Programm „Bauer sucht Start-up“ hingegen vernetzt das Team Landwirte aus dem Vilstal mit Gründern und urbanen Jungunternehmern. Die Start-up-Mitarbeiter wohnen und arbeiten eine begrenzte Zeit kostenlos auf den Höfen. Auf Wunsch bringt die Initiative sie mit Menschen, Firmen und Institutionen aus der Region zusammen, um etwa Lösungen für ländliche Mobilität, digitale Handelsplattformen oder Lieferdienst-Apps für Restaurants zu entwickeln. So lernen die Gäste die Möglichkeiten in der Region kennen, was langfristig gesehen den Zuzug in die Gegend fördern soll. Einige der von Silicon Vilstal unterstützten Projekte erhalten zudem Fördergelder, die die Initiative bei verschiedenen Institutionen akquiriert.

Vernetzen und gemeinsam wachsen

Damit auch die Jüngsten früh an die Digitalisierung herangeführt werden, findet jeden Monat die „Silicon Vilstal Ideenwerkstatt“ statt. Kinder und Jugendliche können sich in Workshops kreativ ausleben und Erfahrungen sammeln. Firmen und Handwerksbetriebe aus der Region stellen 3-D-Drucker, Lasercutter, CNC-, also computergesteuerte Holzmaschinen oder Geräte zum Papier-, Textil- und Folienruck zur Verfügung. Dadurch wird die schon vorhandene Infrastruktur genutzt und Nachwuchs gefördert. Spenden, regionales Crowdfunding und kommunale Unterstützung machen die Ideenwerkstatt möglich.

Bei ihren Projekten arbeitet die Initiative eng mit der Wirtschaft zusammen – diverse kleine Betriebe, große Mittelständler und international agierende Unternehmen gehören zu ihrem Netzwerk. Auch Organisationen wie Bayern kreativ, Bayern design oder das Kreativkompetenzteam der Stadt München beteiligen sich. Regional zählen der Bezirk Niederbayern, der Landkreis Landshut, die Kommunen Landshut, Vilsbiburg und Geisenhausen sowie das Niederbayern-Forum und die Europäische Metropolregion München zu den Partnern.

Mittlerweile ist die Initiative über Bayern hinaus bekannt: Sie war auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin vertreten, veranstaltet die Rural Design Days im Rahmen der Munich Creative Business Week und wurde von der EU zum zweiten Mal in Folge als „European Social Economy Region“ ausgezeichnet. Auf internationaler Ebene kooperiert sie mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und Bayern International – und unterstützt ländliche Akteure aus Asien und Afrika. ■



KONTAKT:

Silicon Vilstal gemeinnützige UG
(haftungsbeschränkt)
info@siliconvilstal.de
www.siliconvilstal.de



Auf gute, digitale Nachbarschaft

Früher, so heißt es oft, kannten sich alle im Dorf. Ob romantisches Klischee oder nicht: Heute ist es nicht mehr so. Die Internetplattform nebenan.de will den Austausch im Ort und damit die Gemeinschaft fördern. [VON ANJA RATH]

„Wir wollen ein Instrument sein, das zu mehr Begegnungen im echten Leben führt“, sagt Michael Vollmann. Er ist Mitgründer von nebenan.de: Die Plattform hat bundesweit rund 1,4 Millionen aktive Nutzer in etwa 7 500 Nachbarschaften mit bis zu 5 000 Haushalten – vom Quartier über das Dorf bis zum Ortsteil Niederpleis im nordrhein-westfälischen Sankt Augustin.

Nutzer bestimmen Nachbarschaft

Dort möchte Maria ihren alten Wohnzimmertisch verschenken und Paul freut sich über Tipps zu Räumlichkeiten für seine Hochzeitsfeier: Neben solchen Beiträgen im Bereich „Marktplatz“ posten Teilnehmer Veranstaltungstipps und bilden Gruppen; die Nutzung ist für sie kostenlos. Auch einige kleine Unternehmen sind gelistet. Seit Oktober 2016 ist die mittlerweile rund 100 Personen umfassende „Nachbarschaft Niederpleis“ aktiv. Diesen Namen und das Areal, das die Nachbarschaft umfasst, haben die Nutzer selbst definiert. „So bilden sich identitätsstiftende Sozialräume ab“, sagt Vollmann. Sind die Nutzer sich bei der Abgrenzung eines Gebiets uneins, schaltet sich das Team von nebenan.de moderierend ein. Alle Teilnehmer einer Nachbarschaft sind mit ihren Vor- und Nachnamen, ihrer Straße und – auf Wunsch – einem Profilbild sichtbar. „Wir verifizieren die Adressen aller Nutzer, damit nur Menschen Zutritt erlangen, die auch wirklich in der Nachbarschaft wohnen. Dass die Registrierung bei nebenan.de dadurch etwas aufwändiger ist

als bei Facebook & Co., nehmen wir in Kauf – verifizierte Adressen und Klarnamen sind unser Qualitätsmerkmal.“ Vor allem diese Transparenz bringe Vertrauen in eine Gruppe fremder Menschen. Probleme mit Hassreden, politischer Hetze oder Beleidigungen gebe es auf der Plattform nicht – darauf, dass die Netiquette eingehalten wird, achteten sowohl die Nutzer als auch das Unternehmen. Um als „Gegenentwurf zu den Großen wahrgenommen zu werden“, betreibt der kleine, in Deutschland ansässige Anbieter zusätzlichen Aufwand: Er ist TÜV-zertifiziert und bietet Transparenz in Sachen Datenschutz.

Rausgehen

Während Facebook und andere soziale Medien die Nutzer möglichst lange vor dem Bildschirm fesseln wollen, gehe es bei nebenan.de darum, sich möglichst bald auch offline zu treffen, beispielsweise zur Übergabe des Wohnzimmertischs: „Wer ihn bei Maria abholt, lernt sie dabei kennen.“ Für die Gemeinschaft sei viel gewonnen, wenn Einzelne ein Gefühl dafür bekämen, was den Nachbarn am Herzen läge. Die vielen kleinen Kontakte führten zu mehr Begegnung im Großen, so Vollmanns These. Mit einer gemeinnützigen Stiftung unterstützt nebenan.de deshalb reale Aktivitäten wie Nachbarschaftsfeste. „Mit der Online-Plattform bauen wir die Infrastruktur, damit Anwohner auf der lokalen Ebene einfacher miteinander ins Gespräch kommen können.“

Für Kommunen

Über 15 große Städte sind bereits Partner von nebenan.de. Vollmann möchte in Zukunft auch kleinere Kommunen gewinnen: Damit sie sich selbst präsentieren oder ihren Bürgern und Unternehmen eine Möglichkeit zur Online-Kommunikation schaffen. In sogenannten Aufbaupartnerschaften zahlen kleine Kommunen bis zu einem Euro pro Einwohner und Jahr für die Einrichtung und Bekanntmachung eines gemeindeweiten Netzwerks. „Danach können sie entscheiden, ob ihnen diese sich dann selbst organisierende Plattform für Zivilgesellschaft und Einzelhandel reicht oder ob sie weiter mit einem eigenen Profil aktiv sein wollen.“ Beispielsweise, um andere kommunale Informationswege zu ergänzen. Vollmann: „Mit einem Medium erreicht man heute nicht mehr alle. Je mehr Kanäle man nutzt, desto besser – Stichwort Multichannel.“ Langfristig hofft das Unternehmen, sich aus den Beiträgen von Kommunen, Unternehmen – ein Upgrade vom kostenlosen Basisprofil kostet etwa acht Euro im Monat – und freiwilligen Förderbeiträgen der Nutzer zu finanzieren. ■



KONTAKT:

Michael Vollmann
Telefon: 030 346557767
michael@nebenan.de
www.nebenan.de

Zum Fokusthema der kommenden Ausgabe:
Trinkwasser und Landwirtschaft

DIE POSITION

In Trinkwasserschutz-zonen sollte nur noch Ökogrünland erlaubt sein!

Frank Lehmann ist Geschäftsführer des Zweckverbands Kühlung Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Bad Doberan und Vorsitzender der Kooperationsgemeinschaft Wasser und Abwasser Mecklenburg-Vorpommern e. V.

”

Die Grundwasserqualität ist unter ökologischem Grünland wesentlich besser als unter Ackerflächen.“

Auch wenn einige Stimmen aus der Landwirtschaft ein ausreichendes Messstellennetz in Frage stellen, ist die Tendenz eindeutig – die Schadstoffbelastung des Grundwassers steigt: Zum einen mit Nitrat, zum anderen sind bei der Analyse der Grundwasser zunehmend Abbauprodukte, sogenannte Metabolite, von Pflanzenschutzmitteln zu verzeichnen. Während die Nitratbelastung des Grundwassers durchaus unterschiedliche Ursachen haben kann, die im Einzelfall aufzuklären sind, kommt bezüglich der Metaboliten grundsätzlich die Landwirtschaft als einziger Verursacher in Betracht.

Die gute Qualität des Grundwassers zu erhalten oder zu verbessern, ist eine große Herausforderung. Besonderes Augenmerk muss dabei auf den Wasserschutzgebieten liegen: Diese benötigen die Wasserversorger für die Herstellung von Trinkwasser. Je nachdem, wie gut der Grundwasserleiter auf natürliche Weise durch darüber liegende Schichten geschützt ist, wären selbst die durch die Änderung der Düngeverordnung vorgesehenen Maßnahmen nicht ausreichend.

Um selbst geeignete Maßnahmen ergreifen zu können, haben Wasserversorger Flächen in den Schutz-zonen erworben. Diese Flächen wurden zum Teil aufgeforstet, weil Wald den darunterliegenden Grundwasserkörper

optimal schützt. Wo dies nicht möglich ist, stellt die Umwandlung in Ökogrünland die beste Alternative dar. Praktische Erfahrungen des Zweckverbands, die zum Teil mehr als 15 Jahre zurückgehen, zeigen, dass die Grundwasserqualität unter ökologischem Grünland wesentlich besser ist als unter benachbarten Ackerflächen, die konventionell bewirtschaftet werden. Denn es kommt fast vollständig ohne Düngegaben aus. Da der Boden nicht mehr umgebrochen wird, werden keine darin gebundenen Stoffe mobilisiert. Zudem ist der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ausgeschlossen. Ökogrünland sollte deshalb zumindest in den engeren Bereichen rund um die Brunnen, den sogenannten „Trinkwasserschutz-zonen II“, flächen-deckend angestrebt werden. Eine erfreulich hohe Zahl an Kooperationen zwischen Landwirten und Wasserversorgern in verschiedenen Bundesländern praktiziert diese grundwasserschonende Bewirtschaftung bereits.

Es ist nicht in jedem Fall leicht, konventionellen Ackerbau auf Ökogrünland umzustellen. Aber es ist ein lohnender und erforderlicher Schritt, wenn wir das Grundwasser, aus dem wir Trinkwasser für uns alle gewinnen, gemeinsam für künftige Generationen sichern wollen. Einige Grundwasserkörper sind stärker bedroht, andere weniger stark. Danach richtet sich der Handlungsbedarf.

Foto: Zweckverband KÜHLUNG, Montage: Medienmelange.de

Stimmen Sie dem zu?

Oder sehen Sie es anders?

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de, per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion

